

graphische Lage, flächenmässige Ausdehnung, wirtschaftliche Struktur etc. könnten diese fünf Kleinststaaten im Europarat kaum verschiedener sein. Sie verfügen über viel mehr Unterschiede als sie Gemeinsamkeiten aufweisen, sodass es ganz logisch ist, dass sie nur selten eine aufeinander abgestimmte Politik betreiben. Dennoch lassen sich einige signifikante Korrelationen in ihren Aktivitäten nachweisen, die auf das gemeinsame Element der Kleinststaatlichkeit zurückzuführen sind, wie z.B. das Engagement für die Beachtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, das Interesse an kultureller Zusammenarbeit sowie der Wunsch nach Kooperation im Bereich der Rechtsetzung.¹⁵⁵

Die Verwerfung des Antrages des Abg. *Roper* und die darauffolgende Aufnahme Liechtensteins in den Europarat zeigte anschaulich auf, dass die Staaten des Europarates nicht gewillt waren, bestimmte Länder nur deshalb nicht wie «normale Staaten» zu behandeln, weil sie sehr klein sind. Wenngleich mit knapper Mehrheit, weigerten sich die Abgeordneten doch, zwischen «grossen» und «kleinen» Staaten einen qualitativen Unterschied zu machen und trafen damit tatsächlich einen Grundsatzentscheid zugunsten der (gleichartigen) Staatsqualität von Kleinststaaten. In der Folge zerstreute die aktive und konstruktive Mitarbeit Liechtensteins in den Gremien des Europarates¹⁵⁶ alle Bedenken bezüglich einer – zunächst von vielen als problematisch empfundenen – Zusammenarbeit mit Kleinststaaten im Schoss einer politischen Regionalorganisation wie dem Europarat.

4.3.5 In der KSZE/OSZE

Die *Organisation* für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist aus der am 1. August 1975 unterzeichneten Schlussakte der *Konferenz* für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hervorgegangen. Die KSZE war ohne Zweifel noch keine Internationale Organisation,

155 Vgl. *Seiler* (Fn. 7), S. 351.

156 Neben der beinahe lückenlosen Präsenz liechtensteinischer Vertreter im Ministerkomitee war dafür vor allem auch die lange Amtsdauer der Vertreter des Fürstentums entscheidend: so wurde Prinz Nikolaus erst nach zehn Jahren Amtsdauer abgelöst und Regierungschef Brunhart führte gar während fünfzehn Jahren die liechtensteinischen Delegationen im Ministerkomitee an.